

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

**zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs
eines Sozialgesetzbuchs (SGB) – Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre
Beziehungen zu Dritten –
— Drucksachen 9/95, 9/1753 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Artikel II erhält § 13 a Nr. 2 folgende Fassung:

„2. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. die Beschäftigung regelmäßig weniger als fünfzehn
Stunden in der Woche ausgeübt wird und das Arbeits-
entgelt regelmäßig im Monat ein Sechstel der monatli-
chen Bezugsgröße (§ 18), bei höherem Arbeitsentgelt
ein Sechstel des Gesamteinkommens nicht über-
steigt,“.

b) Absatz 4 wird ersatzlos gestrichen.“

Bonn, den 22. Juni 1982

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die Änderung der geringfügigen Beschäftigung gemäß § 8 SGB IV durch das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz hat insbesondere wegen des Wegfalls des letzten Halbsatzes des § 8 Abs. 1 Nr. 1 „bei höheren Arbeitsentgelten ein Sechstel des Gesamteinkommens nicht übersteigt“, erhebliche Probleme in der Praxis hervorgerufen. Durch die Änderung soll das alte Recht vor der Verabschiedung des Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetzes wieder hergestellt werden.